

Ercheint täglich nachmittags mit Ausnahme des Sonntags und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 50 J., 1/2 jährl. 1.50 J. pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beschickbar, kostet monatlich 10 J., 1/2 jährlich 30 J.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Merseburg, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißeneis-Zeit, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt HalleSaale.

Inserionsgebühren beträgt für die Spaltenbreite 16 J. für Wohnungs-, Vereins- und Veramungsanzeigen 10 J. Im relationalen Teile kostet die Zeile 50 J. Anzeigen für die Halle Nummer und Adressen bis vormittags 10 Uhr in der Expedition aufgeben. Eintragungen in die Verteilungsliste unter Nr. 7088

Telephon Nr. 1047.

Nr. 144.

Donnerstag den 24. Juni 1897.

8. Jahrg.

Zum Streik im Zeth-Weißeneiser Kohlenrevier.

Von allen in Betracht kommenden Grubenverwaltungen, das sind die Niedersächsischen Montanwerke (Mt.-We.), die Sächsisch-Preussische Braunkohlen-Verwertung (Mt.-We.), die Zeitzer Parafin- und Solaröl-Fabrik (Mt.-We.), die Weichen-Weißeneiser Braunkohlen-Gesellschaft (Mt.-We.), die Woburner Braunkohlen-Industrie (Mt.-We.), die Naumburger Gesellschaft (Mt.-We.), sowie die im Privatbesitz befindlichen Gruben von P. D. Schmidt in Zeth, Hugo Karstow, Grube Otto bei Reußen und Grube F. A. König, hat nur die erfahnenste Verwaltung, die der Niedersächsischen Montanwerke, es versucht, die Ablehnung einer Erhöhung der Vergütung zu verhindern. Alle andern Verwaltungen haben sich mit nachfolgenden Worten um ihre Verpflichtung, den von ihr beschäftigten Arbeitern menschenwürdige Löhne zu zahlen, und gerade das unter Vereinerung der Kohlen und Kohlenprodukte, herumgedreht. Aber gerade die Niedersächsischen Montanwerke haben schließlich eine Vergleiche zufriedensstellende Lohnverhöhung zugestanden, während alle andern es auf einen Kampf haben ankommen lassen. Natürlich! Der Arbeiterlohn, den der Unternehmer an das „Ebenbild Gottes“ auszahlen muß, ist eine höchst überflüssige und unerwünschte Ausgabe, die Kasse sollte zufrieden sein, wenn sie froches Brot zu essen hat! Der Profit wäre noch viel größer, wenn die Unternehmer nicht so viel Geld für Arbeitslohn ausgaben müßten. Mit 1 M. täglich sollten von Rechts wegen die Hängelrider ganz gut auskommen können! Und genug frügen die Begehrten ja doch niemals. Viel no weniger als eine Erhöhung der Arbeitslöhne erdient dem Aktionär die Erhöhung des monatlichen Besoldungs. Er sei seinem Lehnman oder Student spielenden Sohn ausstellen oder die Erhöhung des Gardeobersoldes für Frau und Tochter. Die einseitigen Arbeiter wissen gar nicht, wie schwer es ist, als anständiger, honest, einfacher Mann mit 15 000 M. jährlich die Familie zu erhalten, welche Sorgen man da als Vater hat und welchen Aergern. Und am besten wäre schon der Erlaß eines Reichsgesetzes, das den Lohn für erwachsene männliche Arbeiter gleichmäßig auf 1.50 M. oder höchstens 2 25 M. herabsetzt. Höheres Entkommen verleiht die Arbeiter nur zu allerletzt Fertigkeiten, wodurch ihre Arbeitskraft beinträchtigt und ihre Zufriedenheit, das höchste Gut jeden Arbeiters, vernichtet wird. Kommt das Gesetze in Diskussion mit täglich 80 Pf. bis 1 M. aus, da wird wohl der Industriearbeiter mit dem Doppelte dieses Betrags zufrieden sein können.

Dies ist unangenehm, der Gedankenfang, der das Unternehmertum bei Abiegung von Verbesserungen leitet. Werfen wir aber einen Blick auf die Entwicklung der deutschen Bergwerksbetriebe, so erkennen wir bald, wie außerordentlich gewinnbringend sich dieselben gestaltet haben, wie hohe Dividenden sie abwerfen und wie leicht kaum eine noch Erhöhung für die beglückten Bergarbeiter einreden könnte, ganz abgesehen davon, daß die Zahlung eines auskömmlichen Lohnes die erste Menschspflicht jedes Unternehmers sein sollte. Im Berg- und Hüttenbetriebe prägt sich die kapitalistische Entwicklung, die Konzentration des Kapitals eben so stark aus wie in der Industrie. Zahlen beweisen: 1885 lag es in Deutschland noch 452 Hauptbetriebe auf eine Einkommensgewinnung auf 18 725 Mann Beschäftigt und rund 6 1/2 Millionen Tonnen Förderung im Werte von 303 Millionen Mark. Von Jahr zu Jahr hat sich die Zahl der Betriebe vermehrt, aber die Beschäftigten, die Förderungsmenge und der Wert der Waren erhöht. Denn 1895 gab es nur noch 319 Hauptbetriebe mit 303 937 Mann Beschäftigten. Die Förderung betrug 79 1/2 Millionen Tonnen im Werte von 539 Millionen Mark. Somit kam 1885 auf ein Wert 484 Mann Beschäftigt und eine Produktion von 129 000 Tonnen, zehn Jahre später aber 953 Mann und 248 200 Tonnen. 1885 produzierte jeder Mann der Beschäftigten einen Wert von 1385 M., 1895 aber einen Wert von 1773 M.

Wenn auch weniger schnell, so doch ebenfalls deutlich merkbar vollzieht sich die Konzentration bei den Braunkohlenbetrieben. Die Zahl der Hauptbetriebe betrug hier im Jahre 1885 noch 633 mit 28 186 Mann Beschäftigt und einer Förderung von 15 1/2 Millionen Tonnen im Werte von 40 378 000 M. 1895 gab es nur noch 549 Betriebe mit 87 476 Mann Beschäftigt und 24 1/2 Millionen Tonnen Förderung im Werte von 58 011 300 M. Der Wert der von jedem Mann der Beschäftigten produzierten Kohle liegt also im gedachten Jahrzehnt um 1433 M. auf 1580 M. Aber statt einer Steigerung der Löhne ist vielmehr eine Reduktion derselben vorgenommen worden, während die Aktionäre auf ein sehr dividendenreiches Jahrzehnt zurückblicken können und namentlich in den letzten Jahren viele Kohलगruben ungeheuerlich große Reingewinne ab-

werfen, was im nächsten Artikel durch einige Zahlen bezeugt werden mag.

Reichstag.

23. Sitzung vom 22. Juni. 1 Uhr.

Präsident v. Suval eröffnet die Sitzung.
Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Handwerker-Vorlage.

In der Generaldiskussion nimmt das Wort Abg. Richter (fränk. B.). Wie wird in einer eigentümlichen Lage. Zunächst die Bedingungen der Arbeitserhöhung bedauern, wenn die Wähler die von seinem Ministerium herab zu bebauern, wenn diese Vorlage die letzte während seiner 14-jährigen Thätigkeit wäre, denn sie wird nur Zustimmung erzwingen. Sonst ist es konstitutioneller Brauch, die Parlamente zu verlegen, bis die Verordnungsarbeiten erledigt sind. Man weiß ja gar nicht, ob die kommenden Wähler mit den Vorlagen der früheren Minister einverstanden sind. Ich möchte die Bedenken gegen die Weiterberatung der Vorlage ausprechen.
Staatssekretär v. Wittlicher: Die Bedenken des Herrn Richter sind hinsichtlich, ich habe ein Nachgedacht noch nicht eingereicht. Im übrigen hängt die Vertagung der Vorlage nicht von mir ab, sondern sie ist eine Vorlage des Bundesrats. Der Abg. Richter mag sich beruhigen. Vorläufig hat die Trennungsgesetze noch nicht geschlagen, wenn sie vielleicht auch immer näher rückt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Richter (fränk. B.): Es handelt sich doch nicht um ein Gesetz für den Augenblick, sondern um ein großes organisches Gesetz. Der Minister hat das Wortansehen einer Ministerkränkung auch nicht bestritten. Ich meine also, die Bedenken sind recht begründet.

Staatssekretär v. Wittlicher: Sie bitte den Abg. Richter nochmals den Trennungsgesetz vorzulegen. Im übrigen bin ich ja heute da und kann die Vorlage, so gut oder so schlecht ich es vermag, vertreten. Ich verstehe die Bedenken des Abg. Richter nicht. (Sehr richtig, rechts.)

Abg. Viehbach (Anti) hat in längerer Rede Bedenken gegen die Vorlage vor, die für ein äußerliches Hindernis nicht weit genug geht und wieder nicht hoch genug ist. Das Zentrum und die Sozialdemokraten müssen losgerissen für Anpassungen stimmen.

Minister v. Wittlicher: Der Vordrucker hat die alte Vorlage fortgesetzt, daß die unverbesserlichen Handwerker im Bundesrat gegen die ursprüngliche preussische Handwerker-Vorlage gestimmt hätte. Das ist nicht richtig. Ich habe an allen Sitzungen des Bundesrats über die Vorlage teilgenommen und für die Vorlage gestimmt.

Abg. Wagner (Str.) begründet es als außerordentlich bedauerlich, daß die einzige Urgenossenschaft der Kommunistenabteilung, die Bestimmung, den Lehrling nur von den zur Führung des Meisterstücks Berechtigten ausgebildet werden dürfen, in zweiter Lesung wieder geschwächt worden ist und zwar auf Antrag der Freilichtigen. Diese Ziele sind nur dann, daß im Handwerk alles besser und drüber geht, d. h. es hätte sich auch viele Vorlage geschwächt. Die in ihrer letzten Form gerade als eine Urgenossenschaft als Verbesserung zu bezeichnen ist. (Lachen links.) Die Organisation, wie sie die Vorlage bietet, werde dem Handwerk gar nichts nützen. Nur obligatorische Anpassungen vermöchten gegen die Interessen des Kapitals etwas auszurichten. Die Nachteile der Vorlage überwiegen alle Vorteile. Selbst handwerkliche Blätter haben sich zu veranlassen geacht, für die Vorlage zu stimmen, weil sie einen ersten Schritt zum Ziele dankte. Aber diese ersten Schritte thun nur sehr selten etwas und können nicht von der Stelle. Lehrlinge können nur vom öffentlichen Wissen ausgebildet werden, nicht von Menschen die sich eine Arbeit gekauft haben. Daß solche fortwährend Lehrlinge ausbilden dürfen, sollte eigentlich als großer Unfug betrachtet werden. (Lachen links.) Unklar ist uns noch, aus welchen Kreisen die Einwendungen für die Vorlage etwas auszurichten werden sollen. Hoffentlich nicht aus dem Streifen der perennierenden Offiziere. Hoffentlich wird das Amt auch nicht nur im Reserveamt befestigt. Ich habe noch sehr viele Bedenken gegen die Vorlage. Überlegen Sie es sich genau, ob Sie es mit Ihrem Gewissen vereinbaren können, für ein solches Gesetz zu stimmen.

Abg. Jacobsohn (fränk. B.) polmetisiert gegen den Abg. Viehbach, der jetzt mit neuen Vorwürfen komme, nachdem er sich an den Kommunistenabteilungen nicht beteiligt habe. Er tritt für die Vorlage, behauptet für die Handwerkerstimmen ein. Diese werden nicht zur Forderung von Sozialdemokraten beitragen. Der große Sinn der Handwerkerstimme war verstanden. Von dem Votum des Abg. Viehbach lasse er sich nicht scheiden. Er stehe auf dem Standpunkte des Vorhabens des Zentral-Unterrichtsbundes, der die Vorlage auch trotz der unzulänglichen Mängel annehmen wolle. Der Abg. Wagner habe sich nicht bedacht. Die Trennungsgesetze sind die Basis aller Verbesserungen. Von der Verbesserung in die Hand nehmen. Er könne nur um Annahme der Vorlage bitten. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Gise tritt im Gegenatz zu seinem fraktionskollegen Wagner für die Vorlage ein. Zunächst habe sich Abg. Wagner zu Sach nicht so sehr bemüht, wie Herr Viehbach. Bei einer Konstitution des Bundesrats der freien Innungen könne aber nicht die Rede sein.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.
Abg. Dr. Viehbach (Anti) erklärt nochmals die Vorlage enthält einen vornehmlich Zweck, den Bundesrat unabhängiger, nicht mehr vollstän dig, obwohl er erklärt die Schuld des Hauses nicht lange in Anspruch nehmen zu wollen, in ausführlicher Erörterung gegen den Abg. Gise.

Abg. Wagner (Str.) wiederholt die Aufassung seiner ersten Rede.
Generaldiskussion wird geschlossen.
In der Spezialdiskussion befürwortet er § 8 b.

Abg. Fischel (fränk. B.) bringt einen Antrag, wonach die Entscheidung von Innungsschiedsgerichten nur auf dem Orte stattfinden soll, für welche diese Innungsschiedsgerichte sind. Der Antrag wird abgelehnt.

Handelsminister Viehbach weist die Bedenken des Vordruckers gegen Innungsschiedsgerichte zurück. Die Zuständigkeit der Gewerbe gerichte würde bei § 8 b derselben nicht berührt, dagegen böten die Innungsschiedsgerichte als besonders sachverständig bessere Garan-

tien für richtige Entscheidungen. Auf der linken freilich schiene man mehr Best auf die Arbeit als auf die Nützlichkeit der Urteile zu legen. (Lachen links.)

Abg. Gamp (fränk. B.) tritt in gleichem Sinne für die Innungsschiedsgerichte ein. Das Gewerbe gerichte sei hier mangelhaft entwickelt und sachverständige Richter vermöchten besser zu urteilen, als solche, die theoretisch erst wieder Sachverständige vernehmen müßten.

Abg. Schmidt-Berlin (soz.) Das Schiedsgerichtswesen, wie es gegenwärtig bei den Innungen besteht, ist außerordentlich mangelhaft organisiert. Die Interessen des Arbeiterverbandes würden wenig gefördert werden, wenn die Arbeiter sich an die Innungsschiedsgerichte zu wenden hätten. Die Urteile der Innungsschiedsgerichte werden fast durchgehend im einheitlichen Sinne der Arbeitgeber gefällt, die in eigener Sache zu Gerichte gehen. Von einer zuverlässigen, objektiven und unparteiischen Rechtsprechung kann es keine Rede sein. Auch dann bei den Innungsschiedsgerichten die Öffentlichkeit ganz nach Belieben ausgeschlossen wird. Der Antrag Fischel ist das mindeste, was hier getrieben werden kann. Nehmen Sie ihn ab, so beweisen Sie, wie wenig es Ihnen Ernst ist mit dem Schutze der Arbeitnehmer. (Bravo! bei den Links.)

Abg. Gattermann (natl.) tritt für den Antrag Fischel ein.
Abg. Zandbergen (soz.) Den Gewerbe gerichten, die gesetzlich festgelegte Verfahren und gesetzlich festgelegte Befugnisse haben, ist ein ganz anderes Vertrauen zu schenken als den willkürlich urteilenden Innungsschiedsgerichten. Die Innungsschiedsgerichte sind geradezu eine Behinderung des gesetzlichen Verfahrens, ihre Anwendung bedeutet nur die Geltendmachung der rechtlichen Ansprüche des Arbeiters. Nach Herrn Ministers Antrag ginge die Annahme dieses Antrages über den Rahmen des Gesetzes hinaus; das wäre nur der Fall, wenn Sie in den Rahmen dieses Gesetzes hinein andere als solche Bestimmungen einbringen wollen (Grosse Heiterkeit). Den Innungsschiedsgerichten, die keine Grenze eblich berechnen können, fehlt jedes Mittel zur Festsetzung der Wahrheit. Geben Sie dem Arbeiter das Recht, sein Recht zu finden. (Beifall links.)

Abg. Dr. Gise (fränk. B.): tritt für die Innungsschiedsgerichte ein; dieses Entzinnen bedeute kein Vertrauen gegen die Gewerbe gerichte.

Der Antrag Richter § 8 b und § 8 c wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. § 8 a und § 8 b nach dem Beschluß der zweiten Lesung angenommen.

Hierauf verlag sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung). Schluß 5 1/2 Uhr.

Bankangelegenheiten.

Aus dem Reichstage. Der noch seiner ausgiebigen Pflichten gester wieder zusammengetretene Reichstag wies eine für die vorgedachte Jahreszeit auffallend gute Beschäftigung auf. Vor allem Zentrum und Rechte waren zahlreich zur Stelle, weil die dritte Lesung der Handwerker-Vorlage vor Überlegungen geschäftig machte. Aber auch die immer noch nicht abgeschlossene Regierungskrisis hatte so manchen Reichstagen nach Berlin geleitet, in der Hoffnung auf eine „große“ Sitzung, wenn der neue Reichstag sich dem Laufe und dem Lande präsentieren würde. Geistliche Hoffnung. Am Bundesratstag sah es aus wie immer. Herr Schönlank ist nicht abwesend, Herr Viehbach hat da mit seinem gewöhnlichen Aussehen; Herr v. Wittlicher prominierte auf der Tribüne wie sonst auch, die Hände in den Hosentaschen, lebenswichtig, jovial, als ob nichts geschähe wäre und nichts geschehen würde. Höchstens das Erscheinen des Reichstages konnte als ein Zischen dafür gedeutet werden, daß schwere Gewitterwolken am Himmel hängen. Aber auch er trat nicht in Aktion; hatte er einen fraktionelleren Vorstoß erwartet als die konstitutionellen Bedenken des Abg. Richter, eine Vorlage von solcher Tragweite zu verabschieden, während neue Männer im Reichstagen begreifen seien, deren Stellung dazu man nicht lenne? Herr v. Wittlicher, mit unerschütterlicher Stimm, wies von seinem Reichstagsstuhl; er hat den Trennungsgesetz noch zu vertragen, wenn auch die Stunde vielleicht näher liegt — also doch! — für heute aber vertritt er die Vorlage des Reichstags, so gut und so schlecht er könne. So konnten denn die Zünftler ihren Vorstoß gegen die Beschlässe zweiter Lesung beginnen; in unendlichen Tränen beklagte der Antimist Viehbach die gefallene obligatorische Anpassung; der Zentrumsbundordnete Wagner nannte das Kompromiss der zweiten Lesung, für das kein Fraktionskollege Gise und Herr Jacobsohn eintraten, einen Sieg der liberalen Feinde des Handwerks. Darauf begann die Spezialdiskussion mit der Beratung eines Antrages Fischel, der die Zuständigkeit der Innungsschiedsgerichte gegenüber den Gewerbe gerichten befähigen soll. Doch traten mit der genannten Linken keine Genossen Schmidts, Berlin und Stadthagen verebend für diese Einschränkung der Rechtsprechung von Kreitzgebern in eigener Sache ein. (Wagen Fortsetzung.)

Von der verordneten Reichstags-Mehrheit.

iprach am Dienstag im preussischen Abgeordnetenhaus der Freier v. Berlins. Von dem Vorn, der dem Antritt auf den Reichstag folgte, kann man sich kaum eine Vorstellung machen. Wohl sehr Mühen lang vernah man im Hause nichts als tragechte Rufe „Zur Ordnung“ und „Schlußruhe auf der linken und im Zentrum wurde die Rechte jubelnd Beifall flüchtig. Aber der Brandt hielt es nicht für nötig, die Reichstags-Mehrheit in Schanz zu nehmen, ja er erklärte ausdrücklich, daß er darin keine Be-

feidigung erleiden könne und deshalb keine Veranlassung habe, den Redner zur Ordnung zu rufen, wofür aber er teilte dem Abg. Richter, der dem Herrn v. Redlich das gewöhnlich unbedeutende Wort „Freiheit“ jurist. hierfür einen Ordnungsruf.

Das Vereinsgesetz wurde am Dienstag vom preussischen Abgeordnetenhause in dritter Abstimung in der vor den Ferien beschlossenen Sitzung angenommen. Dafür stimmten die konservativen Parteien und die Nationalliberalen. Namens der letzteren erklärte der Abg. Sobrecht, sie würden zu stimmen wie das erste Mal, jede weitere Zustimmung würde aber einstimmig abgelehnt werden. (Hört, Hört!) Abg. Eugen Richter protestiert dagegen, das hier in unzulässiger Weise eine Verfassungsveränderung vorgenommen werde. Redner spricht dann von der Unsicherheit in der Regierungskreise, niemand wisse, wer heute überhaupt die Regierung sei. Von Miquel heiße es wie von Wallenstein: „Moran er glaubt, weiß niemand.“ (Stürmische Geisterzeit.) Die seit den letzten Beratungen stattgefundenen Ertragswahlen haben bewiesen, daß das Volk mit den Freunden der Vorlage voll im Prozess macht. Für den Zwischenruf „Freiheit“ wird dem Redner später ein Ordnungsruf erteilt. Nachdem die Redner aller Parteien ihren Standpunkt klargelegt haben, wird die Novelle von der einmütigen Mehrheit angenommen.

Widder, freue dich! Schießproben mit einem neuen Infanteriegewehr haben dem Verl. Tabl. zufolge stattgefunden und „äußerst günstige Ergebnisse“ gehabt.

Die allgemeine Einführung sei beschloffen und eine größere Bestellung bereits erfolgt. Die Lieferung muß erst beschleunigt werden, daß bei den Kaiserarmeen ein Regiment damit ausgerüstet und ausgebildet sei.

Rechte Freude nach den neuesten Kaiserernden empfindet die konservativere Kreuze, das Organ des zuchtlosen benachteiligten Herrn v. Hammerstein. Triumphierend verkündet das Blatt „Fort mit dem Pessimismus!“ Es kann der Junkefippe nicht verargt werden, daß sie lustig und guter Dinge ist angesichts der neuesten Vorkommnisse. Und Grund genug zum weltweitzigen Pessimismus hatte sie. Aber lange wird das Frohlocken nicht anhalten können, denn der Pessimismus ist eine periodische Krankheit, etwa wie das Pimperlin. Er kommt wieder; das politische Pimperlin steht den Konventionen schon allzu tief in den Knochen, und wollen sie einmal zu ausgelassen werden, so brauchen ihnen nur die Namen der Hammerstein, Lauth und anderer Ehrenmänner aus Bein geworfen zu werden, und sofort macht sich das Pimperlin wieder geltend.

Der neue Apostel Johannes. Die ultramontane Köln. Volksztg. führt die gegenwärtige Kritik auf die persönliche Vermittlung des Kaisers gegen Bötticher zurück, weil dieser auf Richters Angriffe im Reichstage geschwiegen hatte. Das Blatt greift dann das aufgehende Gestirn Johannes von Miquel heilig an, der stellvertretende Kanzler nun dann werden sollte, wenn das Kanzleramt nicht länger ein beauftragtes Organ des Bundesrats bleibe, sondern eine besondere staatsrechtliche Stellung diesem gegenüber erhalte.

Eine lächerliche Komödie führt die Norddeutsche Allgemeine Ztg. auf, nachdem der bisherige Präsident des Reichsvericherungsamtes, Dr. Bötticher, aus seinem Amte von der Schatzamt-Klasse hinausgesetzt worden ist, weiß plötzlich auf dieses officielle Organ nur Gutes von ihm zu sagen. Es schreibt:

Die Verdienste, welche Herr Dr. Bötticher insbesondere auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung und bei der Leitung des Reichsversicherungsamtes, dessen Präsident er seit der Errichtung desselben gewesen ist, sich erworben hat, rechtfertigen das schärfste Lob und zwar, welches die nachstehenden Zeilen und besonders auch die Reichsverwaltung über das Ausscheiden aus seiner Stellung empfindet.

Unangenehm! Wenn die Reichsverwaltung das Scheiden des verdienten Mannes, dem bei der Entlassung auch der Kaiser Anerkennung zu teil werden lassen, wirklich so lebhaft bedauert, warum hat sie denn nicht alles getan, ihn zu veranlassen, im Amte zu bleiben, statt ihm das selbe zu verleiden?

Warum müssen die Fege über diesen Mann triumphieren? Herr Dr. Bötticher wird das Lob des officiiellen Blattes gebührend verdienen. Die Belegung des Postens wird sich wohl verzögern, bis sich entschieden hat, wer an die Spitze des Reichsamtes des Innern tritt. Außerdem sieht man jetzt

keine Uebereilung. Man denke nur, wie lange schon das Reichspostamt unbefestigt ist. Es erodiert sich hartnäckig das Gericht, daß an dessen Spitze ein Militär treten soll.

Wer weiß, vielleicht findet sich ein solcher auch für das Reichsversicherungsamt. Denn bunt Taut ist Trumpf.

Kapitalistische Internationalität. Die dänischen Eisenindustrie haben bekanntlich über „ihre“ Arbeiter den Lock-out (die Aussperrung) verbängt. Ein Schreiben, das der Verein von Fabrikanten in der Eisenindustrie in Kopenhagen und den Provinzialen Dänemarks an den Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gerichtet hat, lautet also: „Nach vergeblichen Versuchen auf dem Wege der Verhandlungen, ruhige Arbeiterverhältnisse in unseren Fabriken zu erlangen, haben die Mitglieder der genannten beiden Vereine, die den größten Teil der dänischen Maschinenfabrikanten vertreten, beschlossen, von heute an den Lock-out für sämtliche Schmiede- und Maschinenarbeiter zu erklären. Der Lock-out ist heute in Kraft getreten und umfaßt vorläufig etwa 2500 Maschinenarbeiter und Schmiede. Da die Gewerbetreibenden, die hier zu Lande alle unter sozialistischer Leitung stehen, diesen Schlag dadurch abzuwehren suchen wollen, daß sie die Arbeiter nach dem Auslande schicken, und da es uns bekannt ist, daß eine große Zahl schon nach Deutschland abgereist ist, um Arbeit zu suchen, so erlauben wir uns, den geehrten Verein zu ersuchen, durch Mitteilungen hierüber an seine Mitglieber so viel als möglich zu verhindern, daß Schmiede und Maschinenarbeiter, aus Dänemark kommend, in Arbeit genommen werden, so lange der Lock-out nicht gehoben ist, worüber nähere Mitteilungen Ihnen zugehen wird. Indem wir Ihnen im Namen unserer Vereine dieselbe sozialistische Sittge unfererseits unter ähnlichen Verhältnissen in Deutschland zugehen, eruchen wir Sie freundlich, einem der unterzeichneten Präsidien mitteilen zu wollen, wie Ihr Verein sich in dieser Sache zu stellen gedenkt, so wie auch, an welche andere Vereine von Arbeitgebern wir Ihrer Meinung nach diese Verwendung richten sollten.“ — Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wird in freundschaftlicher Unterstützung Solidarität den dänischen Eisenherren zu Willen sein. Es handelt sich ja um die gemeinsame Sache, den Schutz des ungeschmähten Profits.

Äusland.

Oesterreich. Degradirt von der Stellung eines Reiterleutnants wurde in Brinn unser Parteigerosse Dr. Gsch, weil er in Verammlungen „pronociert“ als Sozialdemokrat aufgetreten sei und „hierbei Minister und politische Parteien heimlich habe.“ Das Ehrengericht erklärte ihm deshalb seiner Offiziersstellung für verlustig und reichte ihn als einfachen Reiterleutnant Karl Stefan Nr. 8 ein. — Wie konnte aber auch unser Genosse die politischen Parteien der ungarischen Oberbanat, der galizischen Pfaffenstufen und der böhmischen Schnapsfürsten „heimlich sein! Als l. l. Offizier muß er die „Ehre seines Standes“ rein halten. Das geschieht am besten dadurch, daß er sich an den Sauf- und Freß-Gelegen seiner hohen Gönner beteiligt, die Löhner des Landes nach deren Vorbild vergeraltigt, die hungrieren Vauern niederjaggen läßt und anderem ehlen Sport buldigt. So bewährt sich die Standesehre eines l. l. Offiziers, nicht aber dadurch, daß er seinen Verstand zum Denken gebraucht und der Wahrheit die Ehre giebt.

Italien. Wird Crispi auf die Anklagebank kommen? In Deputiertenkreisen ist das Gespräch verbreitet, daß der Justizminister nun in der laufenden Woche dem Könige in Bologna den Antrag des Staatsanwalts unterbreiten wird, gegen Crispi vorgehen zu dürfen. Der Antrag würde dann wahrscheinlich an die Bureau des Rammern überhandt werden, die ihrerseits eine Kommission zur Prüfung desselben ernennen würden. Wahrscheinlich würde auch die Kommission die Mitteilung des gesamten Aktenmaterials verlangen, so daß naturgemäß mehrere Monate vergehen würden, ehe sich die Kammer zu der Sache äußern können.

Dänemark. Verbilligung der Eisenbahn-Fahrt. Dem Beispiel Oesterreich, Ungarns und Rußlands auf Einführung eines Zonen tariffs folgt nun auch das keine dichtbevölkerte Dänemark und widerlegt damit den einzigen scheinbar vernünftigen Einwand, den das preussische Ministerium noch gegen den Zonen tarif hatte, daß er in dicht-

bevölkerten Ländern, in denen meist längere Strecken gefahren werden, nicht einführbar sei. Vom 1. August ab, dem Tage der Eröffnung der neuen großen Rutenbahn, werden in Dänemark die Fahrpreise wie folgt herabgesetzt und eine Zonenfata eingeführt:

Bei Strecken unter 100 Kilometern: I. Klasse 6.35 Dene (7.6 Pf.), II. Klasse 4 Dene (4.8 Pf.), III. Klasse 2.35 Dene (2.8 Pf.) pro Kilometer. In Deutschland zahlen wir in Schnellzügen: (ein Schnellzugzuschlag existiert in Dänemark nicht) I. Klasse 9 Pf., II. Klasse 6,67 Pf., III. Klasse 4,67 Pf., IV. Klasse, (also nur in „gemäßigten Lagen“) 2 Pf.

Bei Strecken über 100 Kilometer tritt ein Zonen tarif ein: I. Zone 100—110 Kilometer: I. Klasse 6.35 Kr., II. Klasse 4 Kr., III. Klasse 2,35 Kr. II. Zone: 111—121 Kilometer: I. Kl. 6,75 Kr., II. Kl. 4,25 Kr., III. Kl. 2,50 Kr. x.; die letzte Zone ist die

XVIII. 676 Kilometer und darüber: I. Kl. 17,50 Kr., II. Kl. 11,50 Kr., III. Kl. 6,50 Kr. (Eine etwa gleiche Strecke: Berlin-Insterburg kostet I. Kl. 61,20 Kr., II. Kl. 41,27 Kr., III. Kl. 31,77 Kr., IV. Kl. 13,60 Kr.)

Retourbillets giebt es in Zukunft nicht, es würde dort die I. Zone hin und zurück also kosten I. Klasse 12,70 Kr., II. Klasse 8 Kr., III. Kl. 4,70 Kr.; die XVIII. Zone hin und zurück: I. Kl. 35 Kr., II. Kl. 23 Kr., III. Kl. 13 Kr.; in Deutschland dagegen kostet Berlin-Insterburg ein Retourbillet: I. Kl. 81,60 Kr., II. Kl. 61,23 Kr., III. Kl. 40,82 Kr., IV. Kl. 27,20 Kr.

Willet I. Klasse werden nicht gedruckt. Wer I. Klasse fahren will, löst I. Klasse und I. Klasse III. Klasse. Es ist dies wohl die Vorbereitung für die Abschaffung der ersten Klasse.

Anderwärts macht man Fortschritte; bei uns heißt es: Immer langsam voran.

England. Die Zren und die Jubelreier. Im englischen Unterhaus beantragte Balfour eine Glückwunschkadresse an die Königin. Dillon protestierte gegen die Adresse, an welcher die Irländer sich nicht beteiligen könnten; er und seine Partei würden gegen die Adresse stimmen, aber nicht für einen ewigen Unterantrag. Sir John Lubbock brachte einen Unterantrag ein, welcher erklärt, Irland habe während der Regierung der Königin an Hunger, Entvölkerung, Armut und einer fortwährenden Suspension seiner konstitutionellen Freiheiten gelitten, daher sei das irische Volk unzufrieden und außer Stand, sich der Jubelreier anzuschließen. Der Unterantrag wurde abgelehnt und darauf die Adresse mit 459 gegen 44 Stimmen angenommen.

Soziale Uebersicht.

— Aus dem wettlenburgischen Junkerparadies.

Der Gutsparthel Rignam war dem gräflich v. Schachteln Gut Zillow bei Gohlfusen hatte seinen Knechten verbodenes Schweinefleisch zu essen geben lassen. Die Knechte waren daran erkrankt und beschwerten sich bei dem Dienstherrn. Dieser fuhr sie hart an und schalt, daß sie gehen könnten, wenn ihnen das Essen nicht gefiele. Auf dem Flur kam es dann zu einem Wortwechsel, der ein gerichtliches Nachspiel hatte, indem die Beschwehrenden wegen Hausfriedensbruchs und Diensteigens eingeklagt wurden. Das Schöffengericht zu Schwerin aber überzeuete sich von der Unschuld der Angeklagten und erkannte auf Freisprechung, trotzdem der Staatsanwalt einige Wochen Gefängnis, sowie zehn Mark Geldstrafe beantragt hatte.

Polizeifisches und Gerichtliches.

Beischlagmacht wurde in Wagerburg das am Sonntag vor acht Tagen in mehreren Tausend Exemplaren verbreitete Flugblatt der Fildiegeboten.

Wegen Verleitung zum Mord war in Dresden Geroffe Schultze als Verantwortlicher der Schatz. Rev. Bez. anklagt. Die Beilagt stülte sich der Staatsanwalt D. Stenemann. Der Waderer ließ es jedoch nicht zur Verhandlung kommen sondern zog die Klage zurück und bezahlte die Kosten.

Barixisches. Aus Kumbach berichtet die fränk. Tagespost: „Wir konnten vor einigen Tagen mitteilen, daß leitend der Regierung die Ausweisung unterer Parteigenossen Roth aus Kumbach als unangenehm festgestellt worden. Roth bezog sich sofort nach Kumbach, um sich beim Bürgermeister anzumelden: der Empfang war nicht weniger als freundlich, denn der Bürgermeister hat die erlittene Schlappe leichtsinnig weggeworfen und erklärt dem Roth kurz und bündig: „Beute können Sie hier haben, aber wenn Sie die Stadt morgen wieder betreten, dann

Da erhob sich lautes Geschrei, Weinen und Fischen. Sie konnten nicht weiter, sie konnten nicht! Da möge man sie lieber unbringen, als ihre Leiden verlängern.

Und alle mitmachten und lachten um Wasser, weil sie so beschmachteten.

Die Vabemittel waren zur Stelle, und die Schweinern eilten von einem zum anderen, um sie mit Thee und Wein u. i. w. zu erquiden.

Und sie begabten sich in die Wagen, zu den Gerichtshöfen, oft großlich Vermittelten, die einen entsetzlichen Geruch verbreiteten, um ihre verdunstenden Fieberscheiten Wippen zu nehen.

„In dem Sortierungs- und Verbandsraum der von Lampen genügend erhellt war, arbeiteten indes die Ärzte und Feldschreiber unter Aufbietung all ihrer Kräfte; galt es doch soch zu sein bei dieser Murrung.“

Nach dem Absche ihrer Verwendung wurden die Verwundeten mit Betteln verbunden, worauf die Nummer und womöglich auch der Name vermerkt wurde.

Die Schwerverwundeten waren die roten, gelb und weiß die der mittleren Kategorie, blau die Leichtverwundeten.

Die Wunden schürfte man ins Spital, die Gelenke wurden an Ort und Stelle verbunden, damit sie nach kurzer Grippe den Weitertransport ertragen könnten, die Wunden wurden geputzt, dann sollten sie hehen, daß sie weiterstärken; wie, das war unter dem herrschenden Umständen ihre Sache.

Alle hatten unter dem elischen Transport unfagbar gelitten und die jungen härigen Geschlechter sahen völlig lethargisch aus.

Einige waren so gänzlich erschöpft, daß sie selbst zum Sterben zu schwach schienen; andere blickten, um ihr Los bejorgt, mit bangen, fragenden Augen die Ärzte an.

Schuld uns nicht fort! — Hammlen sie und verfluchten, ihre Hände zu verbinden, laßt Erbarmen, laßt uns hier!

Einige Operationen sollten sofort ausgeführt werden, aber man konnte sich nur im äußersten Notfall dazu bequemen. Sophia arbeitete an der Seite der Männer mit festen Augen und sicheren Händen, eine bewundernswürdige Ruhe dabei bewährend. (Fortsetzung folgt.)

Helenr.
Roman in drei Büchern von Minna Kautsch.

61 (Kuchrad verboten.) Die Oberin trat an das Fenster und öffnete, um hinaus zu sehen.

Da ward die Thür aufgerissen und eine kleine, mädchenhafte Gestalt wankte taumelnd vor Erschöpfung, herein. „Geht — best — Wagen an Wagen — fällt alle unverwunden — wir haben sie nur lo aufgeladen.“

„Ihre Stimme war rauh und heiser, sie klang kaum mehr menschlich.“

„Tania“ rief Sophia, „Du hast den Transport begleitet?“ Tania war in einem Seffel geknien.

„Thee“ rief sie mit trockenem, schier verdurstenden Wippen, „ich herbe!“ Sie lenkte sich in den Seffel zurück und schloß die Augen.

Reies keine überakte Weien war Tania Michailowna, eine Studentin der Medizin aus Petersburg. Sie hatte ein schmales, brünettes Gesichtchen mit schwarz und hübn gezeichneten Brauen. Die etwas ausgeblutete Nase, die vorstehenden Wadenknochen gaben ihr ein echt slawisches Gepräge. Sie wurde schön, sobald sie die Augen aufschlug.

Jetzt hielt sie sie noch immer geschlossen und das rathenwarme Haar, das Lara gedünnt in biden Büscheln ihr in die Stirne fiel, ließ sie unheimlich bloß erscheinen: sie glied einer Sterbenden.

Helenr hatte sie angstvoll umschlungen, während Sophia ihr eine Tasse Thee zum Munde führte.

Sie schlürfte ihm gierig, obgleich sie dabei den Mund kaum öffnete.

Die Schwefeln durften nicht länger bei ihr verweilen und so war Petronowa Michailowna, die indes die ganze Wochte in Unordnung gebracht hatte, um flüchtige Tropfen zu finden und sie doch nicht fand, angewiesen, sich weiter um sie zu kümmern.

„Über Sie dürfen ihr kein Medikament eingeben“, lautete die strenge Verordnung der Oberin.

dach der „kleinen Wölkchen, die samt dem schlanken Minaret sich dunkel, abhob von dem klaren, fernhellen Himmel. Die Luft war kalt, von den Bergen wehte es frisch herüber.

Die Schwefeln achteten nicht darauf, aber sie verpirschten die belebende Wirkung.

Die Straße war angefüllt mit schreienden Menschen, die den Sortierungsbaracken entgegenkamen; die Schwefeln schloffen sich ihnen an.

Auf der Landstraße sah man eine ganze Kolonne von Wagen heran kommen.

Zumeist Telegraf, das landesübliche Fuhrwerk, das man, da die Sanitätswagen nicht im entzertellen ausreichten, von den Einwohnern entlehnte.

Aber auch die Telegraf wurden zu wenig und man mußte zu schwerem Fuhrwerk seine Zuflucht nehmen.

Die Wagen hatten die sonnenblaue West weit reich zurückgelegt. Sie vollzogen aber die getrockneten, ausgebrannten Weiese dahin, unter dem Geschrei und dem Geschöne der Verwundeten, die polo milde, wie man sie vom Schachthofe anfahren sah, darin zusammengeordnet lagen.

Jeder Stoß brachte ihnen die entsetzlichen Qualen, und ließ gegenwärtig bedrückend, war einer von dem Blute des anderen beudet.

Der Wagen fuhrten an die Seite des Kriegshospitals heran und an die Sortierungsbaracken der Ambulanz des roten Kreuzes, eine doppelreihige Luene bildend.

Der Wag vor der Baracke war mit Fackeln erleuchtet, und als die Schwefeln ankommen, änderte sich die Ärzte und Feldschreiber und das gesamte Unterpersonal um die zuerst Angelegenen verammelt.

Die Diener hobten die Verwundeten von den Wagen, um sie auf die bereitgestellten Wagen zu legen und zur Sortierung zu bringen. Einige waren bereits gestorben, andere hanchten unter den sie aufnehmenden Händen den letzten Seufzer aus.

Man warf sie bei Seite, ohne sie genauer zu untersuchen. Wahrhaftig, man hatte genug und übergenug mit denen zu thun, die man noch retten konnte.

Es fehlte an Bahnen und Trägern. Die Sortierungsbaracke ward überfüllt, und man legte die Verwundeten einstweilen herum auf den kalten, geröhrten Boden.

Schon ließ es, daß die Wehrhaft wieder eingeladen werden müsse, um nach Sitstowa weiterzufahren.



